



053992/EU XXIV.GP
Eingelangt am 15/06/11

RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

DE

10445/11

(OR. en)

PRESSE 144
PR CO 32

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3092. Tagung des Rates

Allgemeine Angelegenheiten

Brüssel, den 23. Mai 2011

Präsident

János MARTONYI

Minister für auswärtige Angelegenheiten
(Ungarn)

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 6083 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

10445/11

1

DE

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

Der Rat erörterte den Entwurf der erläuterten Tagesordnung für die Juni-Tagung des Europäischen Rates.

*Der Rat nahm Kenntnis von einem Bericht des Vorsitzes über die Ergebnisse der Beratungen bezüglich der Integration der **Roma** in der EU. Der Rat begrüßte die erneute Zusage aller Mitgliedstaaten, die stärkere Einbeziehung der Roma zu fördern, und unterstrich, dass ein starker Impuls für die Lancierung eines neuen EU-Rahmenkonzepts gegeben werden muss. Der Rat vereinbarte, dem Europäischen Rat diesen Bericht auf seiner Tagung am 23./24. Juni 2011 vorzulegen.*

*Der Rat nahm Schlussfolgerungen an, die auf die Umsetzung der EU-**Charta der Grundrechte**, auf die **Meeresüberwachung** und auf die Regulierung und Beaufsichtigung der **Grundstoffmärkte** und der mit ihnen in Verbindung stehenden Finanzmärkte eingehen.*

INHALT¹

TEILNEHMER 4

ERÖRTERTE PUNKTE

VORBEREITUNG DER JUNI-TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES	6
STRATEGIEN ZUR INTEGRATION DER ROMA	7
CHARTA DER GRUNDRECHTE	8
ERWEITERUNG – KROATIEN	9

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN

– Meeresüberwachung – <i>Schlussfolgerungen des Rates</i>	10
---	----

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

– Rohstoff– und Grundstoffmärkte – <i>Schlussfolgerungen des Rates</i>	10
--	----

STAATSHAUSHALTE

– EU-Solidaritätsfonds für die Tschechische Republik, Slowenien und Kroatien	11
--	----

UMWELT

– Schutz des Prespa-Parks	12
---------------------------------	----

¹ • Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
 • Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
 • Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

TEILNEHMER

Belgien:

Steven VANACKERE

Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und der institutionellen Reformen

Bulgarien:

Nickolay MLADENOV

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Tschechische Republik:

Karel SCHWARZENBERG

Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für auswärtige Angelegenheiten

Dänemark:

Michael ZILMER-JOHNS

Staatssekretär für Außenpolitik, Botschafter im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Deutschland:

Guido WESTERWELLE

Bundesminister des Auswärtigen

Estland:

Urmas PAET

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Irland:

Lucinda CREIGHTON

Staatsministerin für europäische Angelegenheiten

Griechenland:

Marilisa XENOGLIANNAKOPOULOU

Stellvertretende Ministerin für auswärtige Angelegenheiten

Spanien:

Diego LÓPEZ GARRIDO

Staatssekretär für europäische Angelegenheiten

Frankreich:

Laurent WAUQUIEZ

Minister für europäische Angelegenheiten

Italien:

Alfredo Luigi MANTICA

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Zypern:

Andreas MAVROYIANNIS

Ständiger Vertreter

Lettland:

Ilze JUHANSONE

Ständige Vertreterin

Litauen:

Raimundas KAROBLIS

Ständiger Vertreter

Luxemburg:

Christian BRAUN

Ständiger Vertreter

Ungarn:

János MARTONYI

Minister für auswärtige Angelegenheiten
Staatsministerin für europäische Angelegenheiten

Malta:

Tonio BORG

Stellvertretender Premierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten

Niederlande :

Uri ROSENTHAL

Minister für auswärtige Angelegenheiten
Ständiger Vertreter

Österreich:

Wolfgang WALDNER

Staatssekretär, Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Polen:

Mikołaj DOWGIELEWICZ

Staatssekretärin, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Portugal -

Pedro LOURTIE

Staatssekretär für europäische Angelegenheiten

Rumänien:

Bogdan AURESCU

Staatssekretär

Slowenien:

Andreja JERINA

Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten

Slowakei:

Mikuláš DZURINDA

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Finnland:

Jan STORE

Ständiger Vertreter

Schweden:

Birgitta OHLSSON

Ministerin für europäische Angelegenheiten

Vereinigtes Königreich:

David LIDINGTON

Staatsminister für Europafragen

Kommission:

Maroš ŠEFČOVIČ
Štefan FÜLE

Vizepräsident
Mitglied

ERÖRTERTE PUNKTE

VORBEREITUNG DER JUNI-TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES

Der Rat hat einen Entwurf einer erläuterten Tagesordnung für die Tagung des Europäischen Rates am 23. und 24. Juni 2011 geprüft ([9786/11](#)).

Der Europäische Rat wird sich voraussichtlich auf die folgenden Themen konzentrieren:

- Wirtschaftspolitik: Abschluss des Europäischen Semesters 2011 (jährliche Überwachung der Haushaltspolitik und der Strukturreformen der Mitgliedstaaten), Zwischenbilanz der Fortschritte bei der umfassenden Reaktion der EU auf die Krise der Staatsverschuldung;
- Migration: Zwischenbilanz der Fortschritte bei der Umsetzung der Asyl- und Migrationspolitik und Fragen aufgrund der jüngsten Entwicklungen im südlichen Mittelmeerraum;
- Kroatien: Zwischenbilanz der Fortschritte bei den Verhandlungen über den Beitritt zur EU.

Der Rat wird auch über die Ernennung eines neuen Präsidenten der Europäischen Zentralbank zu entscheiden haben. Er wird Kenntnis nehmen vom Ergebnis der Beratungen über die Mittel zur Förderung der Integration der Roma (siehe Seite 7) und über die Lancierung einer Strategie für den Donauraum.

Der Rat wird auf seiner Tagung am 21. Juni 2011 auf der Grundlage eines Entwurfs von Schlussfolgerungen des Europäischen Rates die Vorbereitung von dessen Tagung fortsetzen.

STRATEGIEN ZUR INTEGRATION DER ROMA

Der Rat hat Kenntnis von einem Bericht des Vorsitzes über die Ergebnisse der Beratungen bezüglich der Integration der Roma in der EU genommen. Er vereinbarte, dem Europäischen Rat diesen Bericht auf seiner Tagung am 23./24. Juni 2011 vorzulegen.

Trotz der auf nationaler und europäischer Ebene unternommenen Bemühungen um eine stärkere Einbeziehung der Roma leiden viele der schätzungsweise 8 Millionen EU-Bürger, die Roma sind, weiterhin unter Armut, sozialer Ausgrenzung, Diskriminierung, Segregation und einem unzureichenden Zugang zu Grundrechten. Von ähnlichen Problemen sind die etwa 2 bis 4 Millionen Roma betroffen, die in benachbarten europäischen Ländern leben.

In einer Mitteilung vom 5. April 2011 hat die Kommission die Mitgliedstaaten aufgefordert, bis Ende des Jahres Strategien zur Integration der Roma in Bezug auf Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsvorsorge und Unterkunft vorzulegen ([8727/11](#)).

Im Bericht des Vorsitzes werden die auf der Grundlage der Kommissionsmitteilung geführten Beratungen zusammengefasst. Diese fanden statt

- am 12. April 2011 auf der Tagung des Rates (Justiz und Inneres);
- am 19. Mai 2011 auf einer Sondertagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz), auf der auch Schlussfolgerungen angenommen wurden¹; sowie
- am 20. Mai 2011 auf der Tagung des Rates (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) im Rahmen einer Erörterung der Problematik des Schulabbruchs.

Der Rat begrüßte die erneute Zusage aller Mitgliedstaaten, die stärkere Einbeziehung der Roma zu fördern, und unterstrich, dass ein starker Impuls für die Lancierung eines neuen EU-Rahmenkonzepts geschaffen werden muss.

¹ Schlussfolgerungen zu einem "EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020" ([10025/11](#)).

CHARTA DER GRUNDRECHTE

Der Rat hat Schlussfolgerungen zur Umsetzung der EU-Charta der Grundrechte angenommen.

Die Schlussfolgerungen stellen eine Antwort auf einen Bericht der Kommission über die Anwendung der Charta im Jahr 2010 ([8453/11](#)) dar und sie beschreiben die vom Rat ergriffenen Maßnahmen und benennen Bereiche für künftige Initiativen.

Sie sind in *Dokument [10139/1/11 REV 1](#)* enthalten.

ERWEITERUNG – KROATIEN

Die Minister hatten während des Essens einen Gedankenaustausch über die Frage, wie in der Endphase der Verhandlungen mit Kroatien über dessen Beitritt zur EU vorgegangen werden soll.

Sie nahmen Kenntnis von der Absicht der Kommission, dem Rat so früh wie möglich Entwürfe von gemeinsamen Standpunkten zu den noch offenen Verhandlungskapiteln vorzulegen.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN

Meeresüberwachung – *Schlussfolgerungen des Rates*

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zur Meeresüberwachung an ([9250/11](#)).

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Rohstoff– und Grundstoffmärkte – *Schlussfolgerungen des Rates*

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zur Regulierung und Beaufsichtigung der Grundstoffmärkte und der mit ihnen in Verbindung stehenden Finanzmärkte an.

In den Schlussfolgerungen, die auf eine Mitteilung der Kommission ([5992/11](#)) zurückgehen, wird unterstrichen, dass es gilt, die Qualität und Verfügbarkeit von Daten zu verbessern und für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Regulierungsbehörden für die Finanzmärkte und den Regulierungsbehörden für die Grundstoffmärkte zu sorgen.

Es wird gefordert, die Transparenz der Märkte für Grundstoffderivate zu verbessern, insbesondere indem von Investoren verlangt wird, dass sie gegenüber den Regulierungsbehörden ihre Investitionsposition mitteilen ("Positionsberichte"), damit Marktmissbrauch wirksamer verhindert werden kann. Die Schlussfolgerungen sind in *Dokument 9722/11* enthalten.

STAATSHAUSHALTE

EU-Solidaritätsfonds für die Tschechische Republik, Slowenien und Kroatien

Der Rat vereinbarte seinen Standpunkt zu dem Entwurf eines Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2 für das Haushaltsjahr 2011¹, in dem die Mobilisierung von 19,5 Mio. EUR an Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen für eine Finanzhilfe zugunsten der Tschechischen Republik, Sloweniens bzw. Kroatiens nach den schweren Überschwemmungen im August und September 2010 akzeptiert wird.

Im Entwurf eines Berichtigungshaushaltsplans wird vorgeschlagen, der Tschechischen Republik eine Finanzhilfe von 10,9 Mio. EUR, Slowenien 7,5 Mio. EUR und Kroatien 1,18 Mio. zu gewähren.

Entsprechend der interinstitutionellen Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltungsführung möchte der Rat Mittelumschichtungen vornehmen, um die Zahlungen abzudecken, während die Verpflichtungen zu den bestehenden Verpflichtungen hinzukommen würden.

¹ Die polnische, die portugiesische und die spanische Delegation enthielten sich der Stimme.

UMWELT

Schutz des Prespa-Parks

Der Rat billigte im Namen der EU eine multilaterale Vereinbarung über den Schutz und die nachhaltige Entwicklung des Prespa-Parks, eines einzigartigen Naturschutzgebiets mit großem ökologischen Wert ([16581/10](#)).

Der Abschluss der Vereinbarung erfolgt mit Griechenland, Albanien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, die am Parkgebiet teilhaben.
